



LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Wärmewende Pläne für klimaneutrales Heizen





Foto: Schälte

Schwerpunkt: Nachhaltig heizen

- S. 9 [Anhörung zur Kommunalen Wärmeplanung](#)
- S.10 [Standpunkte](#)



S. 3 [Schulen im Fokus](#)

Aktuelle Stunde nach Forsa-Umfrage

S. 4 [Trump und die Folgen für NRW](#)

Debatte zur US-Wahl

S. 5 [Rückenwind für Olympia](#)

Landtag unterstützt NRW-Bewerbung

S. 6 [Meldungen aus dem Plenum](#)

S. 12 [Aus den Fraktionen](#)



Forum

S. 14 [Zum Zustand der Einheit](#)

Parlamentsgespräch zur Wiedervereinigung

S. 15 [Jugendlandtag 2024](#)

Junge Menschen und die Demokratie

S. 16 [Gesetzgebung](#)

S.17 [Angebote des Landtags](#)

Informationen digital und analog



S. 18 [Porträt: Dr. Gregor Kaiser \(Grüne\)](#)

S. 19 [Kurz notiert](#)

Aktuelle Stunde: Schulen im Fokus

14. November 2024 – Die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage unter Schulleitungen sorgten im Landtag für Diskussionen. Die Umfrage bestätige, „wie groß die Belastungen und Defizite in unserem Schulsystem sind“, so die SPD-Fraktion. Sie hatte eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt.

42 Prozent der befragten Schulleitungen hätten die Arbeit von Schulministerin Dorothee Feller (CDU) als „mangelhaft“ oder „ungenügend“ bewertet, heißt es im Antrag (18/11395). Kritisiert würden Lehrkräftemangel, fehlende Räume und Personal für den Ganztags, marode Schulgebäude und das Fehlen digitaler Endgeräte. Bislang sei die Landesregierung diese Herausforderungen nur halbherzig angegangen.

SPD-Fraktionschef **Jochen Ott** warf der Landesregierung vor, Politik gegen berufstätige Familien zu machen und mit dem Haushalt 2025 Sozialabbau betreiben zu wollen. Er verwies auf eine Großdemonstration von Sozialverbänden sowie Mitarbeitenden unter anderem von Kitas vom Vortag gegen die Etatpläne. Die Bildung benötige den Abbau von Bürokratie. Die Landesregierung „ersticke“ das Erziehungs- und Lehrpersonal in „Kontrollen, Vorschriften, Lehrplänen und Berichtspflichten“. Der Grund sei, dass sie kein Vertrauen habe in die Menschen, die sich jeden Tag um die Kinder kümmern.

Dr. Jan Heinisch (CDU) entgegnete, die SPD nenne nur die Zahlen aus der Forsa-Umfrage, die in ihr Realitätsbild passten. Dabei gebe es auch positive Ergebnisse. Es gehe der Oppositionsfraktion darum, ein „apokalyptisches“ Bild von der Bildung im Land zu zeichnen. Dieses Bild sei aber falsch. Die Koalition hingegen nehme alle Zahlen der Umfrage ernst, negiere keine Probleme und arbeite an Lösungen. Dabei setze sie die richtigen Schwerpunkte. Die Probleme, die die Schulleitungen als größte ansähen, seien im Fokus der Koalition, allen voran der Lehrkräftemangel.

Die Ergebnisse der Forsa-Umfrage seien ein deutliches Alarm-signal und Beleg dafür, dass sich etwas ändern müsse, sagte **Franziska Müller-Rech** (FDP). Der Lehrberuf und der Beruf der Schulleitungen müsse wieder attraktiver werden. Es brauche weniger Bürokratie und mehr Freiheit sowie Unterstützung für Schullei-



Fotos: Schälte

Jochen Ott (SPD)

Dr. Jan Heinisch (CDU)

Franziska Müller-Rech (FDP)

tungen. Das Budget für Schulen müsse erhöht werden. „Motivier- te und gute Schulleitungen sind der Erfolgsfaktor für unsere Schulen im Land.“ Die Landesregierung unterschätze dies.

Arbeitsauftrag

Schulleitungen seien der Ort, an dem „alles miteinander verbun- den und verzahnt läuft“, sagte **Lena Zingsheim-Zobel** (Grüne). Sie seien von zentraler Bedeutung. Die Ergebnisse der Umfrage wertete die Abgeordnete als Arbeitsauftrag. „Die Lage ist ernst, aber nicht unüberwindbar.“ Im Landshaushalt für das kommende Jahr sei – in finanziell schwierigen Zeiten – so viel Geld wie nie für Bildung vorgesehen. Allein im Bereich Schule seien 2 Milliarden Euro mehr an Ausgaben eingeplant. Das zeige: Bildung habe Priorität für die Landesregierung.

Das Vertrauen von Lehrkräften und Schulleitungen in die Landesregierung nehme ab, sagte **Dr. Christian Blex** (AfD). Es sei die Rede von „realitätsferner Politik“ und einer „Nichtbeachtung des tatsächlichen Schulalltags“. Blex: „Also – im Westen nichts Neues.“ Die Landesregierung schere sich „wenig um die tatsächliche Problembehandlung in unserem Bildungsland“. Statt ernsthafte Arbeit werde Augenwischerei betrieben. Abiturientinnen und Abiturienten in NRW fehlten „elementare Grundlagen“.

Schulministerin **Dorothee Feller** (CDU) empfahl, sich in der Debatte auf sachliche Kritik zu konzentrieren. Hauptursache für die aktuell angespannte Situation an den Schulen sei der Lehrkräf- temangel. Die Landesregierung habe darauf reagiert und unter anderem die Personalsituation verbessert. Es brauche aber Zeit, bis alle Maßnahmen Wirkung entfalten. Die Gesellschaft habe sich in den vergangenen Jahrzehnten signifikant weiterentwickelt, „während das Schulsystem in seiner Grundstruktur unverändert geblieben ist“.

wib, tob, zab



Schulministerin

Dorothee Feller (CDU)

Lena Zingsheim-Zobel (Grüne)

Dr. Christian Blex (AfD)

Trump und die Folgen für NRW

13. November 2024 – Die Bürgerinnen und Bürger der USA haben am 5. November 2024 mit überraschender Deutlichkeit Donald Trump zum neuen Präsidenten gewählt. Die Amtseinführung findet traditionell am 20. Januar 2025 statt. Was bedeutet die zweite Amtszeit des Republikaners für Nordrhein-Westfalen? Diese Frage debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde.



Fotos: Schälte

Klaus Vossemer (CDU)

Berivan Aymaz (Grüne)

Sven W. Tritschler (AfD)

Alexander Vogt (SPD)

Angela Freimuth (FDP)

Minister
Nathanael Liminski (CDU)

Der Debatte lagen Anträge der Fraktionen von CDU und Grünen sowie der AfD zugrunde.

CDU und Grüne betonten in ihrem Antrag ([18/11393](#)) die Bedeutung der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und den USA. So zählten die Vereinigten Staaten mit mehr als 1.700 Unternehmen zu den wichtigsten Außenhandelspartnern des Landes und gehörten zu den größten ausländischen Investoren.

Sollte Präsident Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit wirtschaftspolitische Maßnahmen umsetzen, die auf Steuererleichterungen und Deregulierung zur Stärkung von Unternehmen abzielen, könne dies Nordrhein-Westfalen neue Chancen eröffnen, heißt es im Antrag der AfD-Fraktion ([18/11394](#)).

Nordrhein-Westfalen und die USA seien durch eine lange Freundschaft und gemeinsame Werte verbunden, sagte [Klaus Vossemer](#) (CDU). Auch nach der Wahl Donald Trumps „sind und bleiben die USA für uns der wichtigste Partner außerhalb der Europäischen Union, nicht zuletzt in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht“. Trump werde die amerikanischen Interessen „noch konsequenter verfolgen“, so Vossemer. Die europäische Politik habe den Auftrag, „durch Verhandlungsstärke und Kommunikation einen drohenden Konflikt frühzeitig abzuwenden“.

Es sei damit zu rechnen, dass die künftige Trump-Regierung eine Kehrtwende in zentralen Politikfeldern einleiten werde, sagte [Berivan Aymaz](#) (Grüne). Dies werde nicht nur „massive Folgen für Amerika und seine Menschen haben, sondern auch für die Welt jenseits des Atlantiks“. Trumps Devise sei „America first“. Dennoch oder gerade deshalb sei Deutschland aufgefordert, die engen Beziehungen zu den USA aufrechtzuerhalten und zugleich deutlich mehr in die eigene und europäische Handlungsfähigkeit zu investieren.

Führende deutsche Politiker hätten Trump in der Vergangenheit als „pathologischen Lügner“ und „Hassprediger“ bezeichnet, sagte [Sven W. Tritschler](#) (AfD). Dabei könne von Trumps Grundsatz „Mein Land zuerst“ Orientierung für Deutschland ausgehen. „Wir sind keine Vasallen Washingtons – und wir wollen es auch nicht sein.“ Die Wiederwahl Trumps unterstütze deutsche Interessen.

Denn er werde den Krieg in der Ukraine beenden, das Pariser Klimaabkommen „kassieren“ und so zur Gesundung der deutschen Wirtschaft beitragen.

„Historische Zäsur“

Die Wahl in den USA habe eine „Zeitenwende für die transatlantischen Beziehungen“ eingeleitet, sagte [Alexander Vogt](#) (SPD). Trump werde Umweltstandards senken und Zölle sowie „Handelshemmnisse“ aufbauen. Das dürfe zu keinem Handelskrieg führen. Deutschland müsse gemeinsam mit Europa unabhängiger von den USA werden und zudem stärker in die eigene Wirtschaft investieren – etwa durch die Reduzierung von Netzentgelten sowie Förderung der Automobilindustrie. Mit der Schuldenbremse sei das nicht möglich.

[Angela Freimuth](#) (FDP) sagte, es habe sicherlich viele gegeben, die sich ein anderes Ergebnis der US-Wahl erhofft hätten. Aber diese demokratische Wahl bedeute keinesfalls das Ende der transatlantischen Partnerschaft. Sie erinnere aber einmal mehr an die Hausaufgaben, die die Europäerinnen und Europäer und auch Deutschland zu erledigen hätten. Die USA seien ein wichtiger Partner für Nordrhein-Westfalen und würden es hoffentlich auch bleiben. Mit Blick auf die Parlamentariergruppe NRW-USA betonte sie: „Wir bleiben miteinander im Gespräch und Austausch.“

[Nathanael Liminski](#) (CDU), Minister für Internationales und Chef der Staatskanzlei, nannte die erneute Wahl Trumps zum US-Präsidenten eine „historische Zäsur“ mit enormen Auswirkungen. Aus der ersten Amtszeit Trumps habe man die Lektion lernen müssen, dass dieser Präsident tue, was er sage. Liminski kritisierte, dass die Bundesregierung keine ernsthaften Vorbereitungen auf die Wiederwahl getroffen habe. NRW habe seine Hausaufgaben hingegen gemacht. Mit dem NRW-USA-Jahr 2023/2024 habe die Landesregierung in mehr als 100 Veranstaltungen denen eine Bühne gebaut, die die transatlantischen Beziehungen täglich mit Leben füllten.

zab, tob, wib

Rückenwind für Olympia

13. November 2024 – Die Olympischen und Paralympischen Spiele von Paris haben die Begeisterung für die beiden sportlichen Großereignisse neu belebt. Auch Deutschland hat Interesse bekundet, die Spiele auszutragen. An Rhein und Ruhr lebt dieser Traum schon lange. Rückenwind gab es nun vom Landtag.

Das Plenum verabschiedete gegen die Stimmen der AfD einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/11327](#) Neudruck). Darin werden auch die Pläne des Landes und der Stadt Düsseldorf, stellvertretend für die Städte der Rhein-Ruhr-City-Initiative, begrüßt, offiziell als möglicher Bewerber ins Rennen zu gehen.

Die außergewöhnliche Stimmung der Spiele im Sommer in Paris habe eine Bewerbung Deutschlands „beflügelt“, heißt es im Antrag der Fraktionen. Und weiter: „Der Landtag ist überzeugt, dass eine erfolgreiche Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele in unserem Land eine große Chance auch für Nordrhein-Westfalen eröffnet. Olympische und Paralympische Spiele werden neue Impulse im Sport, aber auch in Kultur und Gesellschaft setzen.“

Nordrhein-Westfalen biete als „Sportland Nummer 1“ hervorragende Voraussetzungen, um Gastgeber der Olympischen und Paralympischen Spiele zu werden, sagte [Jens-Peter Nettekoven](#) (CDU): „Unsere Sport-Infrastruktur, unser Engagement für den Leistungs- und Breitensport – all das macht uns zu einem idealen Kandidaten.“ Die Spiele bedeuteten aber „weit mehr als nur Sport“, sagte Nettekoven. Sie seien ein „Fest der Völkerverständigung, ein Zeichen für Toleranz und Inklusion“. Die Politik stehe geschlossen hinter dem Vorhaben.

„Wir sind überzeugt, dass die Austragung des größten Sportereignisses der Welt viele positive Impulse auslösen kann“, sagte [Tülay Durdu](#) (SPD). Dies gelte für Wirtschaft, Infrastruktur, Beschäftigung und die Menschen im Land. Eine Bewerbung müsse für alle Beteiligten transparent sein. Zudem gehe es um nachhaltige Spiele. Man wolle kein „schnell ver-

pufftes Strohfeuer“, sagte Durdu: „Postolympische Ruinen wird es mit uns nicht geben.“ Die „in die Jahre gekommene Sportstätten-Infrastruktur“ müsse auf Vordermann gebracht werden.

Sportgroßveranstaltungen und deren Organisation gingen nicht immer mit Respekt und Toleranz einher, sagte [Marc Zimmermann](#) (Grüne). Bei der Fußball-WM in Katar (2022) und den Olympischen Winterspielen im russischen Sotschi (2014) sei das deutlich geworden. Die Sommerspiele in Paris (2024) dagegen hätten gezeigt, dass es auch anders geht. Man habe sich am Pariser Klimaabkommen orientiert. Die NRW-Landesregierung stelle ebenso die Weichen für „nachhaltige Spiele“ im Sinne der Klimaneutralität, der Menschenrechte sowie von Vielfalt und Respekt.

Investitionen in die Infrastruktur

Die FDP-Fraktion habe bereits im Jahr 2017 ein klares Bekenntnis für Olympische Spiele in NRW abgegeben, sagte [Christof Rasche](#) (FDP). Zu diesem Zeitpunkt hätten sich die Grünen noch dagegen ausgesprochen. In NRW seien benötigte Sportstätten fast vollständig vorhanden, anders als bei Bewerbern wie Berlin und München. Olympische Spiele in NRW seien daher „besonders nachhaltig“. Sie würden sich sehr positiv auf das Bundesland auswirken. Schon vor dem eigentlichen Ereignis entstehe Begeisterung, es werde in Infrastruktur investiert.

[Andreas Keith](#) (AfD) kritisierte, dass die Menschen im Land die Träume der Politik von Olympia mit ihren Steuergeldern bezahlen müssten. Die olympischen Werte seien heute in Vergessenheit geraten. Vielmehr gehe es um sportliche Höchstleistungen und ein Milliardengeschäft. Mit Blick auf die deutschen Ambitionen auf Olympia bemängelte Keith, dass es keine Bewerbung, kein Konzept und auch keine Finanzierungszusagen gebe. Und die Menschen seien auch nicht gefragt worden.

[Nathanael Liminski](#) (CDU), Minister und Chef der Staatskanzlei, betonte, Olympia in Paris habe die ganze Welt begeistert und gezeigt, wie moderne Spiele aussehen könnten. Der Deutsche Olympische Sportbund wolle bis Ende 2025 eine Entscheidung über eine Bewerbung treffen. Daher sei es wichtig, dass Nordrhein-Westfalen deutlich mache: „Wir sind am Start.“ Das Land habe Erfahrungen mit sportlichen Großveranstaltungen und sei bereit. Die Landesregierung stehe hinter den Plänen und wolle die Spiele nach NRW holen. *zab, tob, wib*



AUS DEM PLENUM

Nachtragshaushalt

13.11.2024 – Der Landtag hat den Nachtragshaushalt für 2024 verabschiedet. Für den Entwurf der Landesregierung ([18/9900](#)) stimmten in dritter Lesung CDU und Grüne. Die Oppositionsfraktionen von SPD, FDP und AfD lehnten den Etat ab. Mit dem Nachtrag reagiert die Landesregierung nach eigenen Angaben auf die anhaltend schwache Wirtschaftsentwicklung und die damit einhergehenden geringeren Steuereinnahmen. Das Haushaltsvolumen steigt auf 102,8 Milliarden Euro gegenüber 102,1 Milliarden Euro im verabschiedeten Haushaltsgesetz 2024. Erstmals wird die sogenannte Konjunkturkomponente im Rahmen der Schuldenbremse genutzt, um Kredite aufzunehmen. Derzeit geplant ist eine Aufnahme von Schulden in Höhe von bis zu rund 2 Milliarden Euro.



Menschen mit Behinderung

13.11.2024 – Der Landtag hat sich mit der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen befasst. Grundlage waren eine Große Anfrage der SPD-Fraktion ([18/9135](#)) sowie die Antwort der Landesregierung ([18/10832](#)). Deutschland habe die UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 ratifiziert und sich damit verpflichtet, „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten“. Die Landesregierung müsse daher regelmäßig über den Umsetzungsstand der Behindertenrechtskonvention berichten. In ihrer 1.512 Seiten umfassenden Antwort informiert die Landesregierung unter anderem über folgende Themen: Gewalt gegen Menschen mit Behinderung, die Gesundheitsversorgung, Inklusion in Kitas und Schulen, die Wohnungssituation, politische Partizipation sowie Mobilität und Barrierefreiheit.

Selbstbewirtschaftungsmittel

13.11.2024 – Die Selbstbewirtschaftungsmittel waren Gegenstand einer Großen Anfrage der FDP-Fraktion. Der Landtag beriet darüber und über die Antwort der Landesregierung. Selbstbewirtschaftungsmittel sind Ausgabeermächtigungen, die über

ein laufendes Haushaltsjahr hinaus zur Verfügung stehen. Die FDP kritisiert in ihrer Anfrage ([18/9473](#)), dass die Mittel in den Jahren nach der Zuweisung nicht in den Haushaltsrechnungen aufgeführt würden, sodass es dem Parlament nicht ohne Weiteres möglich sei, die Entwicklung nachzuverfolgen. Das Geld könne den „Charakter von Dauerfonds“ neben den für ein laufendes Haushaltsjahr parlamentarisch bewilligten Haushaltsmitteln annehmen. Die Antwort der Landesregierung ([18/10742](#)) umfasst rund 1.300 Seiten.

Landeshundegesetz

13.11.2024 – Die AfD-Fraktion spricht sich für eine Reform des Landeshundegesetzes aus. Es war 2003 nach tödlichen Hundetackten verabschiedet worden. Ziel müsse sein, die Rasseliste aus dem Gesetz zu streichen, fordert die Fraktion in ihrem Antrag ([18/11321](#)). Halterinnen und Halter von Hunden einer Rasse, die auf dieser Liste geführt werden, müssen strengere Auflagen erfüllen. Mittlerweile seien neuartige Rassen nach Deutschland gelangt, die nicht gelistet seien, argumentiert die Fraktion unter anderem. Sie will stattdessen eine Einzelfallregelung für als gefährlich geltende Hunde einführen. Diese biete die beiden Vorteile, dass sie nicht bestimmte Rassen diskriminiere und „gleichzeitig die Sanktionierung einzelner gefährlicher Exemplare ermöglicht“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

„Gemeingut Boden“

13.11.2024 – Der Umgang mit dem „Gemeingut Boden“ war Thema einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion ([18/7475](#)). Der Verlust fruchtbarer Böden und biologischer Vielfalt sei gerade mit Blick auf den Klimawandel eine wachsende Gefahr: „Ein intaktes



Bodenleben ist bedeutsam für das Pflanzenwachstum und damit für uns Menschen. Geht das verloren, sind die Folgen für unsere Umwelt und unsere Art zu leben gravierend.“ Gesunde Böden und Biodiversität hätten nicht nur einen ökologischen, sondern auch einen „klar messbaren ökonomischen Nutzen“. In der Großen Anfrage ging es um Verteilung, Zustand und künftige Beanspruchung der Flächen. Die Fraktion hatte 262 Einzelfragen gestellt, unter anderem zu Flächen für Siedlungen, Gewerbe und Industrie, Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Die Antwort der Landesregierung ([18/9651](#)) umfasst einschließlich aller Anlagen fast 2.800 Seiten.

Gesundheitsförderung

13.11.2024 – Die Landesregierung solle die Gesundheitsförderung stärker in den Fokus rücken. Dies fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/11317](#)). Der Krankenstand bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sei ein wichtiger Indikator für die Gesundheit der Bevölkerung und die Belastungen in der Arbeitswelt, so die Fraktion. In Nordrhein-Westfalen sei er „im ersten Quartal 2024 mit 6,0 Prozent weiterhin hoch geblieben“. Erforderlich sei ein „landesweites Monitoring“, um zusammen mit Fachleuten Krankenstände zu analysieren, Arbeitsbedingungen sowie Arbeitsbelastungen zu bewerten. Darauf aufbauend solle die Landesregierung im Zuge einer Präventionskampagne gemeinsam mit Unternehmen gesundheitsfördernde Maßnahmen am Arbeitsplatz implementieren. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt.

Untersuchungsausschuss

14.11.2024 – Der Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/11330](#)) einstimmig einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum Terroran-



Foto: Schälte

schlag in Solingen eingesetzt. Tatverdächtig ist ein 26 Jahre alter Syrer. Er soll während eines Stadtfestes am 23. August 2024 drei Menschen getötet und acht weitere verletzt haben. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ hatte den Anschlag für sich reklamiert. Der mutmaßliche Täter hatte Ende 2022 in Deutschland Asyl beantragt und sollte im vergangenen Jahr nach Bulgarien abgeschoben werden. Die Abschiebung misslang jedoch. Das Gremium soll die Verantwortung und das Vorgehen der Landesregierung, „ihrer Sicherheitsbehörden und der übrigen betroffenen Behörden des Landes Nordrhein-Westfalen“ prüfen.

Wölfe und Artenschutz

14.11.2024 – Die Fraktionen von CDU und Grünen schlagen vor, das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln. Im Monitoring-Jahr 2023/24 seien zwei Wolfsrudel, ein Paar und drei Einzeltiere ansässig gewesen, heißt es in einem



Foto: Schälte

Antrag ([18/11333](#)) der Fraktionen, über den der Landtag beraten hat. Durch Zunahme der Wolfspopulationen komme es stellenweise zu Übergriffen auf Weidetiere. Die Landesregierung solle unter anderem weitere Herdenschutzmaßnahmen umsetzen und prüfen, ob die Zahlungen von „Riss-Entschädigungen“ ausgeweitet werden könnten. Zudem seien die Voraussetzungen zu schaffen, dass das „sogenannte Schnellabschussverfahren innerhalb der 21-Tage-Frist durchgeführt werden kann“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

Förderung und Bürokratie

14.11.2024 – Die Große Anfrage „Bürokratische Mittelverschwendung im immer intransparenteren Förderdschungel – Bestandsaufnahme der Förderprogramme des Landes Nordrhein-Westfalen“ der FDP-Fraktion ([18/7984](#)) war Thema im Plenum. Der Anfrage zufolge könne ein sinnvoller Beitrag durch Fördermaßnahmen nur erbracht werden, wenn Förderprogramme „verständlich, schnell, einfach zugänglich, zielgerichtet und unbürokratisch“ seien. Die FDP fordert, dass die Programme „strikt unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit“ überprüft werden sollten. In ihrer 57 Seiten umfassenden Antwort ([18/10430](#)) gibt die Landesregierung Auskunft über aktuell abzuwickelnde Förderverfahren, Zielgruppen, Motivationen, den monetären Umfang sowie Kosten.

Europa-Schecks

14.11.2024 – Die Landesinitiative der Europa-Schecks wird fortgesetzt. Das entschied der Landtag auf Antrag ([18/11334](#)) der Fraktionen von CDU und Grünen. Laut Antrag werden mit der Initiative Projekte unterstützt, die sich für europäische Werte einsetzen sowie den Europagedanken in Zivilgesellschaft und Kommunen stärken. Gestartet im November 2023, seien am Ende der fünften Bewerbungsrunde im Juli 2024 fast 500 Anträge eingegangen



Foto: Schälte

und mehr als 200 Zusagen erteilt worden. Teilgenommen hätten unter anderem Schulen, Vereine und Kommunen, um beispielsweise Auslandsaufenthalte von jungen Menschen zu ermöglichen. Für den Antrag stimmten neben den antragstellenden Fraktionen auch SPD und FDP. Die AfD stimmte dagegen.

Zuwanderung

14.11.2024 – In einer Großen Anfrage hat die AfD-Fraktion eine Bestandsaufnahme zu Zuwanderinnen und Zuwanderern gefordert. Konkret ging es um die acht Herkunftsländer, aus denen die meisten Migrantinnen und Migranten nach Nordrhein-Westfalen kommen. Die Große Anfrage ([18/6027](#)) umfasst fast 60 Fragen, unter anderem zur Zahl der Zuwanderinnen und Zuwanderer, zur Verteilung auf die Kommunen, zur Erwerbstätigkeit, zu Strafverfahren, zur Zahlung von Sozialleistungen oder zu Rückführungen. Die Antwort der Landesregierung ([18/8284](#)) umfasst rund 140 Seiten.

Digitale Kriminalitätsbekämpfung

14.11.2024 – Die Strukturen und Methoden der nordrhein-westfälischen Polizei zur digitalen Kriminalitätsbekämpfung sollen ausgeweitet werden, fordern die Fraktionen von CDU und Grünen. Eine wirksame Bekämpfung der digitalen Kriminalität verlange nach „exzellentem Fachpersonal, moderner Ausstattung, präventiven Maßnahmen sowie einer umfassenden Unterstützung und Beratung der Betroffenen“, heißt es in einem Antrag der Fraktionen ([18/11335](#)). Digitale Kompetenzen von Ermittlerinnen und Ermittlern müssten weiter gestärkt werden. Eine Länder- und Bundesgrenzen überschreitende Kooperation mit Ermittlerinnen und Ermittlern im Bereich Cybercrime sei ein Kernelement einer effektiven Bekämpfung. Für den Antrag stimmten CDU und Grüne. SPD und FDP enthielten sich, die AfD stimmte dagegen.

Lebensmittelpreise

14.11.2024 – Die SPD-Fraktion spricht sich angesichts steigender Preise für mehr Transparenz auf dem Lebensmittelmarkt aus. In einem Antrag ([18/11339](#)) fordert sie die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Preisbeobachtungsstelle einzusetzen. Die Lebensmittelinflation übersteige die Gesamtinflation weiterhin deutlich, heißt es im Antrag. Dies treffe vor allem Geringverdienerinnen und Geringverdiener. Es gebe Anzeichen dafür, dass der Wettbewerb „im hoch konzentrierten deutschen Lebensmitteleinzelhandel“ unzureichend funktioniere. „Die intransparente Wertschöpfungskette der marktbeherrschenden Einzelhändlerinnen und Einzelhändler macht es für Verbraucherinnen und Verbraucher unmöglich, die Preisbildung bei Lebensmitteln nachvollziehen zu können.“ Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

Ziel: Nachhaltig heizen

30. Oktober 2024 – Bis 2045 soll nach Vorgaben des Bundes in Deutschland klimaneutral geheizt werden. Ein wichtiger Baustein ist die Kommunale Wärmeplanung: Zum Gesetzentwurf der Landesregierung äußerten sich Sachverständige in einer gemeinsamen Anhörung der Ausschüsse für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie für Heimat und Kommunales.

Laut Bundesregierung macht die Wärmeversorgung in Deutschland mehr als die Hälfte des gesamten Endenergieverbrauchs aus und verursacht einen Großteil des CO₂-Ausstoßes. Von den rund 41 Millionen Haushalten heizt nahezu jeder zweite mit Gas und knapp jeder vierte mit Heizöl. Der Anteil der Fernwärmeversorgung liegt demnach derzeit bei rund 14 Prozent. Allerdings wird diese überwiegend aus fossilen Brennstoffen gewonnen.

Mit dem Entwurf des Landeswärmepflanzungsgesetzes NRW (18/10465) setzt die Landesregierung eine Vorgabe des Bundes um. Demnach müssen alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen, wie im ganzen Bundesgebiet, eigene Wärmepläne erstellen. Durch die Pläne sollen Bürgerinnen und Bürger, aber auch die lokale Wirtschaft Planungssicherheit erhalten und die für sie jeweils beste und wirtschaftlichste Investitionsentscheidung treffen können.

„Schnell Klarheit“

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen betont in ihrer Stellungnahme, es sei richtig, die Zuständigkeit für die Wärmeplanung den Städten und Gemeinden zu übertragen. Der finanzielle Ausgleich für die Erstaufstellung der Pläne sei auch „sachgerecht“. Die Kommunen fordern aber „schnell Klarheit“ über die Finanzierung auch der Fortschreibung der Wärmepläne. Unabhängig von Bundesmitteln müsse die Finanzierung durch das Land sichergestellt sein. Dazu müssten bereits im Frühjahr 2025 Verhandlungen beginnen.

Der Verband Kommunaler Unternehmen NRW nennt Wärmepläne das „Leitinstrument für die kosteneffiziente und sozialverträgliche Umsetzung der Wärmewende“. Der Verband vertritt Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Energieunternehmen. Die Zielsetzung des Gesetzentwurfs werde ausdrücklich begrüßt. Kritisch sieht der Verband, dass kleine Gemeinden nicht verpflichtet seien, örtliche Energieversorger und Netzbetreiber „frühzeitig und fortlaufend“ an den Planungsprozessen zu beteiligen. Dies könne zu Fehlplanungen und in der Folge zu „erheblichen Mehrkosten“ für diese Kommunen führen.

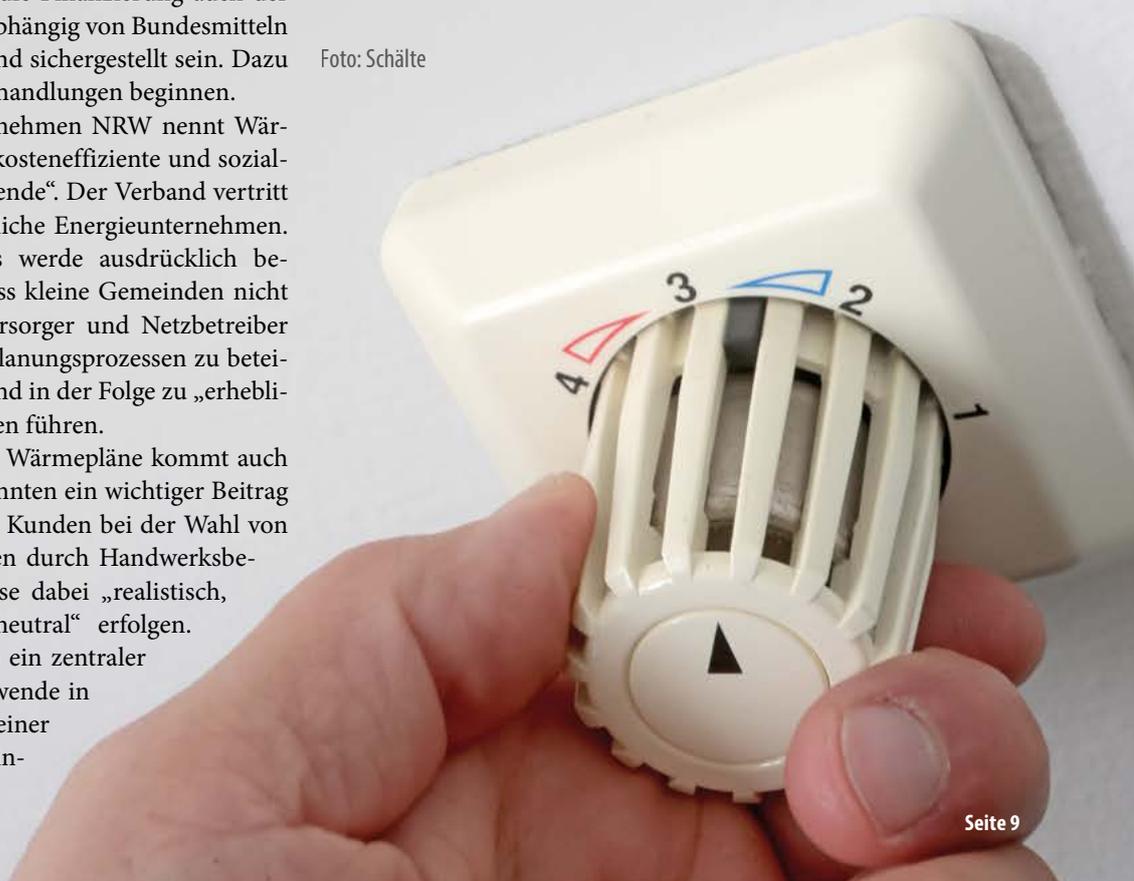
Zustimmung zum Instrument der Wärmepläne kommt auch vom Handwerk NRW. Diese Pläne könnten ein wichtiger Beitrag für die Beratung von Kundinnen und Kunden bei der Wahl von individuell geeigneten Wärmelösungen durch Handwerksbetriebe sein. Die Wärmeplanung müsse dabei „realistisch, technologieoffen, partizipativ und neutral“ erfolgen. Das Handwerk weist darauf hin, dass ein zentraler Punkt für die Akzeptanz der Wärmewende in der Bevölkerung die Sicherstellung einer Wahlfreiheit sei. Immobilienbesitzerin-

nen und -besitzer hätten in der Regel nur dann Interesse an energiesparenden und umweltfreundlichen Maßnahmen, wenn ihnen daraus ein Vorteil erwachse. Der Verband fordert auch, neben den Wärmequellen „die enormen Einspar- und Effizienzpotentiale“ in den Blick zu nehmen, die sich unter anderem aus Gebäudesanierungen ergäben.

Ähnlich äußerte sich der Fachverband SHK NRW, der Innungen unter anderem im Bereich Heizung-Klima vertritt. Der Verband verweist zudem darauf, dass bei der Wärmewende Szenarien am erfolgversprechendsten seien, wenn „auf überwiegend dezentrale Lösungen gesetzt wird, die die Wahlfreiheit für die Eigentümer und Resilienz und Anpassungsfähigkeit des Wärmeversorgungssystems ermöglichen. Die Umsetzungsgeschwindigkeit wird auch deutlich höher sein, als lange auf Wärmenetze zu warten“.

Der mit den Wärmegesetzen von Bund und Land angestrebte Um- und Ausbau der leistungsgebundenen Infrastruktur werde zu einem „entscheidenden Faktor für die Attraktivität von gewerblichen Standorten in den Ballungsgebieten“, mahnen die Industrie- und Handelskammern NRW in ihrer Stellungnahme. Die Unternehmen seien auf eine langfristig gesicherte Wärmeversorgung zu wettbewerbsfähigen und kalkulierbaren Preisen angewiesen. Für viele Betriebe, vor allem in städtischen Gebieten, sei

Foto: Schälte



dabei eine leitungsgebundene Versorgung wichtig. Im Wettbewerb mit weiteren Optionen wie Wärmepumpen stellen Nah- und Fernwärmenetze „einen wichtigen Baustein in einem resilienten, effizienten und klimafreundlichen Wärmesystem“ dar.

Der Landesverband Erneuerbare Energien fordert, Ziel einer flächendeckenden Wärmeplanung müsse sein, „schnellstmöglich auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung umzustellen“. Nur so könne sie einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Der Prozess müsse möglichst unbürokratisch sein, „um zu gewährleisten, dass die entsprechenden Handlungsschritte und Pflichten fristgerecht und zielorientiert erfolgen“ könnten. Der Landesverband begrüßt daher, dass sich der Gesetzentwurf „nah am Wärmeplanungsgesetz des Bundes orientiere“.

Planungshoheit

Der Fachbereich Energie, Gebäude und Umwelt der Fachhochschule Münster befasst sich nach eigenen Angaben seit mehr als zehn Jahren mit dem Thema Wärmeplanung. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler betonen in ihrer Stellungnahme, dass im Zusammenspiel zwischen Kommunen und Versorgungsunternehmen klar sein müsse, dass die Planungshoheit bei den Städten und Gemeinden liege. Um dies zu ermöglichen, müssten Verwaltungen und Kommunalparlamente in die Lage versetzt werden, „die Planungsaufgaben unabhängig zu erfüllen“. Diese Möglichkeit werde durch die Gesetze eröffnet. Die Kommunen müssten aber inhaltlich noch gestärkt werden. Ziel sei, insgesamt die Kontrolle über Planung und Umsetzung zu behalten, „um eine sozio-ökonomisch begründete und sozial gerechte Energieversorgung sicherzustellen“.

wib

Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen finden Sie [hier](#).



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Wärmewende . . .



Dr. Christian Untrieser
(CDU)



... hat das Ziel, eine kosteneffiziente, versorgungssichere und nachhaltige Wärmeversorgung in den Kommunen zu erreichen. Dazu dient das Landeswärmeplanungsgesetz. Alle Städte und Gemeinden sollen sich in den nächsten Jahren auf den Weg machen und konkrete und nachvollziehbare Wärmepläne erarbeiten.



André Stinka
(SPD)



... ist entscheidend, um eine klimafreundliche und unabhängige Energieversorgung zu erreichen. Hohe Investitionen sind dafür notwendig. Die Politik muss daher den finanziellen Rahmen setzen und bei der Ausgestaltung die Menschen mitnehmen. Die Wärmewende darf keine neue soziale Frage entzünden, sondern muss preiswertes Heizen ermöglichen.



Michael Röls-Leitmann
(Grüne)



... ist essenziell für unser Ziel, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion zu machen. In dicht besiedelten Ballungsgebieten bietet sich der Ausbau von Wärmenetzen an, bei den individuellen Heizlösungen wird die Wärmepumpe eine große Rolle spielen. Welche Option wo am sinnvollsten ist, zeigt sich in der Kommunalen Wärmeplanung, für die wir mit dem Landeswärmeplanungsgesetz den Startschuss geben.



Dietmar Brockes
(FDP)



... bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Dekarbonisierung der gesamten Wärmeversorgung und ist die kommenden Jahre für Bürger und Wirtschaft mit erheblichen Kosten verbunden. Die Gestaltung der Wärmewende muss ohne Verbote, staatliche Restriktionen und gläserne Heizungskeller, sondern technologieoffen und ideologiefrei erfolgen.



Christian Loose
(AfD)



... vernachlässigt, dass ihr Transport von Wärme nur mit erheblichen Kosten in ein neues, sehr gut isoliertes und damit teures Leitungsnetz möglich ist. Sie bevormundet Bürger wie Unternehmen bei ihrer freien Wahl des Heizungsmediums und ist somit nicht technologieoffen, zumal gerade im ländlichen Raum der Transport von Gas oder Öl zur Wärmeversorgung logistisch deutlich einfacher ist.

Wärmepläne

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Kommunen ...

... erhalten mit dem LWPG ein strategisches Planungsinstrument für die Gestaltung der Wärmewende vor Ort. Kleine Kommunen können ein vereinfachtes Verfahren nutzen. Bereits bestehende Wärmepläne werden anerkannt. Und Kommunen können sich auch zusammenschließen und eine gemeinsame Wärmeplanung machen. Das Land NRW unterstützt die Kommunen finanziell und mit Beratung.

... nehmen bei der Wärmewende eine zentrale Rolle ein, die sich richtigerweise im Wärmeplanungsgesetz wiederfindet. Vor Ort müssen die Potenziale der erneuerbaren Wärme erschlossen und technologieoffen zugänglich gemacht werden. Die Kommunen sind mit Bürgerinnen und Bürgern im engen Austausch. In der Planung wie in der Umsetzung müssen sie auskömmlich finanziell von Bund und Land ausgestattet werden.

... kennen die erneuerbaren Wärmequellen vor Ort am besten. Daher werden sie zentraler Akteur in der Wärmeplanung sein. Das Land unterstützt die Kommunen dabei mit wertvollen Datengrundlagen, Beratungsangeboten, auskömmlichen Zuschüssen und vielem mehr. Kleine Kommunen profitieren von vereinfachten Verfahren und der Möglichkeit, mit den umliegenden Gemeinden einen gemeinsamen Wärmeplan zu erarbeiten.

... übernehmen im Rahmen der für sie verpflichtenden Wärmeplanung eine Schlüsselrolle beim klimafreundlichen Umbau der Wärmeversorgung. Sie brauchen genug Ressourcen zur Planung und müssen sicherstellen, dass in ihrer Gemeinde ein fairer und transparenter Wettbewerb um klimafreundliche Wärmeangebote entsteht. So können alle Nutzer und Verbraucher einfach die für sie günstigste und beste klimafreundliche Wärmeoption wählen.

... werden mit erheblichen Kosten für die Planung dieser sogenannten Wärmewende belastet – wir bezweifeln, dass diese Kosten tatsächlich nach dem Konnexitätsprinzip von Bund oder Land in vollem Umfang übernommen werden. Hinzu kommt für die Kommunen zusätzlicher Bürokratie- und Verwaltungsaufwand, der in Zeiten des Fachkräftemangels und leerer Kassen unangebracht ist.

Bürgerinnen und Bürger ...

... erhalten Planungssicherheit darüber, welche Wärminfrastruktur ganz konkret vor Ort zur Verfügung stehen wird und welche Wärmetechnologie den wirtschaftlichsten Wärmepreis bietet. Daher wird die Wärmeplanung eine wichtige Hilfe bei der Entscheidung über eine neue Heizung. Wahlfreiheit ist dabei eine wichtige Voraussetzung für Akzeptanz.

... haben einen Anspruch darauf, in der Wärmewende nicht allein gelassen zu werden, sobald es um ihr Zuhause geht. Das heißt, sie brauchen gesetzliche Planungssicherheit, umfangreiche Informationen zu Heizalternativen und Kostenentwicklungen und letztlich auch vielfach finanzielle Unterstützung. Dann kann auch eine positive Eigendynamik einer „Wärmewende von unten“ entstehen.

... bekommen mehr Orientierung und Planungssicherheit. Aus den Wärmeplänen wird ersichtlich, wo in Zukunft Wärmenetze entstehen, an die sich die Haushalte anschließen lassen können und wo individuelle, klimafreundliche Heizlösungen benötigt werden. Die Förderprogramme des Bundes sorgen dafür, dass die Haushalte bei der Wärmewende umfangreich finanziell unterstützt werden.

... sollen selbst entscheiden können, welche Heizlösung am besten zu ihrem Haus passt, zum Beispiel Solarenergie, Geothermie, Aquathermie, Hackschnitzel, Biomethan oder Fernwärme.

... werden die Kosten der Wärmewende aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen. Das Geld „vom Land“ oder „vom Bund“ müssen schließlich immer sie zuerst verdienen. Hinzu kommen für sie steigende Kosten, weil gleichzeitig die Gasnetze stillgelegt werden sollen und die damit einhergehende, von großen Teilen der Politik befürwortete Kapitalvernichtung, von ihnen bezahlt werden muss.

Die Wirtschaft ...

... benötigt verlässlich Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen, was insbesondere für die Industrie mit Prozesswärmebedarfen relevant ist. Die Wärmeplanung ist deshalb auch eine Standortfrage, denn auch die Wirtschaft benötigt Planungssicherheit, damit die richtigen Investitionsentscheidungen getroffen werden können. Deshalb ist es entscheidend, dass die Belange der Wirtschaft im Aufstellungsprozess eines Wärmeplans berücksichtigt werden.

... sieht in der Wärmewende große Chancen für Wertschöpfung und Beschäftigung, etwa im Handwerk, in der Bau- oder Energiewirtschaft. Diese müssen bei der Umsetzung der Wärmepläne bestmöglich unterstützt werden. Die kommunale Wärmeplanung muss wiederum die wirtschaftlichen Bedarfe für Heiz-, aber auch Prozesswärme und Energieträger wie Erdgas, Biogas und Wasserstoff systematisch berücksichtigen.

... wird aktiv in die Wärmeplanung eingebunden, vom Handwerk bis zur Industrie. Denn auch Unternehmen brauchen Klarheit über ihre zukünftige Wärmeversorgung. Zudem fällt in vielen Unternehmen Abwärme an, die in Wärmenetze eingespeist werden kann, statt sie in die Luft zu pusten. Die Wärmeplanung wird als breiter Beteiligungsprozess angelegt, das sorgt für hohe Qualität und Akzeptanz.

... kann ihre Prozesse und Gebäudeversorgung nur durch den Umbau der kommunalen Wärmeversorgung dekarbonisieren. Besonders die Wärmebedarfe kleiner und mittelständischer Industrie- und Handwerksbetriebe sollen in der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden. Wir fordern, dass Wärme zu wettbewerbsfähigen und kalkulierbaren Preisen bereitgestellt wird; Zwangsanschlüsse und -nutzungen lehnen wir ab.

... wird in Gestalt der Gewerbebetriebe die teure Planung und insbesondere die milliardenschwere Umsetzung genau wie die Bürger mit teuer bezahlen müssen. Sie wird in Form zahlreicher, von ihr zu erhebenden und vorzuhaltenden Daten einen weiteren, wohlstandgefährdenden Bürokratieaufwand aufgebürdet bekommen, den sie nur in Teilen in Form von höheren Preisen weitergeben kann.

AUS DEN FRAKTIONEN

Nordrhein-Westfalen will die führende Digitalregion in Deutschland und Europa werden

Künstliche Intelligenz gehört spätestens seit ChatGPT für viele Menschen zum Alltag. Sie hat enormes Potential, kann den Fachkräftemangel mildern, Produktionsmöglichkeiten erweitern, wirtschaftliches Wachstum steigern und so am Ende helfen, unseren Wohlstand zu sichern.

Nordrhein-Westfalen ist im Bundesvergleich Spitze bei der Anwendung von KI-Technologien. Wenn es nach der CDU-Fraktion geht, spielt unser Land auch eine große Rolle dabei, die Forschung und Entwicklung von KI-Anwendungen voranzutreiben. „Was Kalifornien heute für die USA ist, wollen wir für ganz Europa werden. Wir haben das Knowhow, die Infrastruktur und eine riesige Innovationskraft“, sagt Thorsten Schick, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Zwei Tage lang haben sich die 76 Abgeordneten im Rahmen einer Klausurtagung in Essen mit den ver-

schiedenen Aspekten von Künstlicher Intelligenz auseinandergesetzt und schließlich die Essener Erklärung beschlossen. Unter dem Titel „KI made in NRW: Wir machen Nordrhein-Westfalen zur führenden Digitalregion in Europa“ beschäftigt sich diese mit den Potentialen und Auswirkungen von KI.



Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick (M.) und Parlamentarischer Geschäftsführer Matthias Kerkhoff (r.) tauschten sich unter anderem mit Dr. Wolfgang Dierker von Microsoft über KI aus.

„Es gibt keinen Bereich, der nicht von Künstlicher Intelligenz profitieren kann: Für Medizin, Baubranche, Mobilität, Landwirtschaft, Polizei, Justiz, Bildung, Kultur und Sport bietet Künstliche Intelligenz große Chancen“, so Thorsten Schick. „Um im Wettbewerb um Innovationen und Investitionen mithalten zu können, sind eine starke Industrie und ein attraktives Forschungsumfeld wichtige Voraussetzungen. Unser Land geht den Weg von der Kohle zur KI – mutig, entschlossen und zuversichtlich. NRW soll die führende Digital- und Quantenregion in Europa werden – dafür setzen wir uns als CDU-Landtagsfraktion ein und stellen jetzt die Weichen dafür.“



Diskussion um den Haushalt 2025: Gegen die soziale Kälte, für Familien in NRW

Sozialabbau – so lässt sich der von der Landesregierung eingebrachte Landeshaushalt für 2025 in einem Wort zusammenfassen. Es wird kräftig gekürzt: bei der Freien Wohlfahrt, bei der AIDS-Hilfe, bei der Gewaltprävention, beim Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die geplanten Kürzungen summieren sich allein im Bereich Soziales und bei den Familien in Nordrhein-Westfalen auf über 100 Millionen Euro und gehen damit unter anderem zu Lasten von verletzlichen Gruppen. Der Landeshaushalt 2025 ist ein Meisterwerk der sozialen Kälte.

Das ist kein Haushalt, der von Sicherheit, von Zusammenhalt, von Bildung und von Aufstieg erzählt. Denn während die Landesregierung davon spricht, die innere Sicherheit zu verbessern, sieht der Haushalt 2025

unter anderem Einsparungen beim Verfassungsschutz und bei der Strafverfolgung in NRW vor. Unsere Fraktion treibt zudem die dramatische Unterfinanzierung der frühkindlichen Bildung um: Mindestens 500 Millionen Euro fehlen im System. Träger in Finanznot, geschlossene Einrichtungen, verzweifelte Eltern, Erzieherinnen am Ende ihrer Kräfte – das ist die Realität der Kitas in NRW. Und obwohl der Bedarf an neuen Betreuungsplätzen enorm ist, schrumpft das Angebot.

Hinzu kommen marode Schulen und geschlossene Schwimmbäder, weil die finanzschwachen Kommunen in NRW schwer an der Last des Investitionsstaus zu tragen haben. Ganz zu schweigen von den kaputten Straßen in den Kommunen: Hier plant die Landesregierung eine Halbierung der bisher zur Verfügung gestellten Gelder.

Bis zur Verabschiedung des Haushalts am 18. Dezember werden wir jede Gelegenheit nutzen – bei den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und in den beiden Plenarwochen im Dezember – und unsere Änderungsanträge zum Entwurf der Landesregierung zur Abstimmung stellen. So setzen wir uns unter anderem für ein Rettungspaket im Bereich der frühkindlichen Bildung und in der Ganztagsbetreuung an Grundschulen ein. Denn über 100 Millionen Euro Kürzungen dürfen im Bereich Soziales und bei den Familien keine Wirklichkeit werden.



Mobilität für alle: Barrierefreie Zukunft für ein inklusives NRW

Hunde im Plenarsaal? Abgeschraubte Abgeordnetenstühle? In diesem Jahr feiert ein Meilenstein für Inklusion und Teilhabe seinen 15. Geburtstag: 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft getreten. Anlässlich dieses Jubiläums haben wir Ende Oktober zum Austausch in den Plenarsaal des Landtags eingeladen und uns dabei einem zentralen Aspekt gewidmet: der Mobilität. „Uns war dabei wichtig, dass alle mitdiskutieren können – daher gab es mehr Platz für Rollstühle, waren Begleithunde und Gebärdendolmetscher*innen dabei“, blicken die einladenden Abgeordneten Laura Postma, Sprecherin für Öffentlichen Nahverkehr, und Dennis Sonne, Sprecher für Inklusion und Behindertenpolitik, zurück.

Rund 200 Teilnehmende, darunter Verkehrsminister Oliver Krischer und der Inklusionsaktivist Raúl



Fotos: Christian van't Hoen

Krauthausen sowie weitere Vertreter*innen aus Politik, Verbänden und Unternehmen, zeigten eindrucksvoll, wie groß das Interesse und der Gestaltungswille

sind. Gemeinsam haben wir neue Ansätze und Handlungspunkte diskutiert, um die Barrierefreiheit im Nahverkehr in NRW weiter zu verbessern.

Damit wir das Ziel der Teilhabe aller an Bildung, Arbeit, Kultur und Sport erreichen, müssen auch alle Menschen ihre jeweiligen Ziele erreichen können. Ob Rollstuhlnutzende, Eltern mit Kinderwagen oder ältere Menschen mit Rollatoren – barrierefreie Verkehrswege sind für viele unverzichtbar, um am öffentlichen Leben teilzuhaben. Wir sind uns sicher: Eine inklusive Mobilität bringt ganz NRW voran.



FDP will KI-Nutzung in NRW vorantreiben – Enquetekommission gefordert

Die FDP-Landtagsfraktion NRW fordert eine Enquetekommission „Künstliche Intelligenz – Für einen smarten Staat in der digitalisierten Gesellschaft“. Ziel der Freien Demokraten ist es, das enorme Potenzial der Künstlichen Intelligenz (KI) zu nutzen, um den Staat bürgerfreundlicher, effizienter und moderner zu gestalten. „KI bietet uns die einmalige Möglichkeit, Prozesse zu beschleunigen, Ressourcen effektiver zu nutzen und den Menschen mehr Freiräume für das Wesentliche zu geben. Es geht nicht nur um Technologie, es geht um Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“, betont der Fraktionsvorsitzende Henning Höne.



Foto: James Zabel
Henning Höne (FDP)

Die Kommission soll sich dabei auf fünf zentrale politische Handlungsfelder konzentrieren: Wirtschaft, Bildung, Justiz und Sicherheit, Smart Cities und die Modernisierung der Verwaltung. „KI ist kein Jobkiller, sondern der Schlüssel zu einer neuen Freiheit! Wir schaffen Platz für Kreativität und Innovation, während die Verwaltung einfacher, effizienter und bürgerfreundlicher wird“, sagt Höne.

Mit ihrem Antrag streben die Liberalen eine systematische Untersuchung

und konkrete Handlungsempfehlungen für den Einsatz von KI in NRW an. KI wird es der Verwaltung ermöglichen, Bürokratie abzubauen, Prozesse zu beschleunigen und Ressourcen effizienter einzusetzen. „Damit wird

nicht nur der Staat entlastet, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern mehr Zeitgewinn und Lebensqualität geboten“, fasst Höne zusammen.

Die FDP-Fraktion fordert, dass das Land NRW die technologischen Möglichkeiten von KI nutzt, um den Wohlstand und Bildungsaufstieg im Land zu fördern und zukunftsfähige Strukturen zu schaffen. „Unsere Vision ist ein smarter, einfach funktionierender Staat, der Bürger und Unternehmer unterstützt, ihnen nicht im Weg steht. Dafür brauchen wir den Mut, überbordende Bürokratie in NRW endlich abzuschütteln und unser Wirtschaftspotenzial zu entfesseln“, so Höne abschließend.



Unsere Arbeiter in der Autoindustrie werden von der Politik verraten!

Die Autoindustrie und ihre Zulieferer rechnen mit weiteren Einbußen. VW will drei deutsche Werke schließen und die Löhne um bis zu 18 % drücken. ZF Friedrichshafen möchte bis zu 14.000 Stellen abbauen¹, Bosch 7.000². Zahllose weitere Unternehmen mit ähnlichen Plänen laufen unter dem Radar und sterben leise.

Völlig ungerührt davon hat die Europäische Union unter Führung von Frau von der Leyen (CDU) dieser Automobilindustrie die nächste Belastung beschert.

Ein einfaches, kleines Auto ist zum Beispiel ein Dacia Sandero, derzeit erhältlich für ca. 11.800 Euro. Sein Preis wird dabei bereits jetzt massiv getrieben von der CO₂-Strafsteuer der EU. Das Fahrzeug stößt je Kilome-



Christian Loose (AfD)

ter 120 Gramm CO₂ bzw. 5,1 Liter Benzin/100 km aus – zu viel für die EU, denn erlaubt sind nur 4,1 Liter (95 Gramm).

Für diese Überschreitung dieses willkürlichen und realitätsfernen Grenzwertes müssen die Hersteller eine Strafe von 95 Euro pro Gramm Überschreitung bezahlen, also für diesen Kleinwagen rund 2.400 Euro! Fast 2.400 Euro CO₂-Strafsteuer für ein Auto mit einem Verkaufspreis von 11.800 Euro! So wird der Kleinwagen für den einfachen Arbeiter, der morgens zur Schicht fahren muss, zum Luxus!

Diese Strafsteuer wird zudem weiter erhöht. Ab dem Jahr 2025 auf 3.800 Euro und ab dem Jahr 2030 auf 7.300 Euro!

Diese Strafsteuer belastet unsere Autoindustrie und gefährdet unseren Industriestandort und zehntausende von Arbeitsplätzen!

Wir wollen diese CO₂-Strafsteuer abschaffen und den Weg ebnen für eine Politik für Freiheit, Wohlstand und Vernunft!

¹ <https://www.merkur.de/wirtschaft/krise-in-der-automobilindustrie-milliardenschulden-und-tausende-entlassungen-beim-autozulieferer-zf-friedrichshafen-zr-93365347.html>

² <https://www.infranken.de/deutschland/bosch-prognose-stellenabbau-wirtschaft-autoindustrie-elektromobilitaet-sparen-uebernahme-wettbewerbsfaehig-art-5940203>



Zum Zustand der Einheit

Parlamentsgespräch

5. November 2024 – Am 9. November 1989 fiel die Mauer, Deutschland wurde nach mehr als 40 Jahren wiedervereint. Der damaligen Euphorie ist an vielen Stellen Ernüchterung gefolgt. „Geeintes Land, gespaltene Gesellschaft?“, so lautete die Leitfrage beim Parlamentsgespräch, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, 35 Jahre nach dem Mauerfall eingeladen hatte.

Der Präsident begrüßte auf dem Podium die in Weimar geborene frühere Ministerpräsidentin von Thüringen, Christine Lieberknecht, und die aus Erfurt stammende WDR-Journalistin Christina von Below. Den Blick der Wissenschaft steuerte Dr. Kai Unzicker von der Bertelsmann Stiftung bei.

In seiner Begrüßungsrede erinnerte der Präsident an die vielen Herausforderungen, die die Wende für die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger bedeutet habe. Nicht im Westen, sondern im Osten habe sich der Lebensalltag radikal verändert. Er betonte: „Errungen wurde die Deutsche Einheit insbesondere durch Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der DDR, getragen und eingelöst wurde sie auch von den Menschen der damals neuen Bundesländer.“

Eine „hochpolitisierte“ Gesellschaft

Die sich anschließende Diskussion war nicht zuletzt von den Ergebnissen der jüngsten ostdeutschen Landtagswahlen geprägt. Christine Lieberknecht verwies auf die sehr hohe Wahlbeteiligung und betonte, dass die Ostdeutschen nicht politisch apathisch seien. Vielmehr gebe es nach drei Jahrzehnten wieder eine „hochpolitisierte Gesellschaft“. Allerdings eine auch zum Teil gespaltene Gesellschaft. Beschäftigt hätten die Wählerinnen und Wähler „Alltagsthemen“

wie eine bessere schulische Bildung und eine weiterhin gefühlte starke Inflation sowie das Thema „Krieg und Frieden“.

Sie empfinde die Stimmung in ihrer Heimat als gedrückter, berichtete die Journalistin Christine von Below. Wenn sie in Erfurt sei, fehle ihr der „offene Blick“, den sie aus dem Rheinland kenne. Man komme in ihrer neuen Heimat schneller ins Gespräch mit den Menschen. Im Osten gebe es eine Mischung aus Sorgen, Problemen und einer anderen Mentalität.

Dr. Kai Unzicker sprach von Unterschieden zwischen Ost und West, die sich in der Zeit der Teilung und danach entwickelt und fortgeschrieben hätten. Er verwies auf eine Studie der Bertelsmann Stiftung von 2014. Demnach sei in der von Brüchen und Enttäuschungen geprägten Wende- und Nachwendezeit viel politisches Vertrauen bei den Ostdeutschen verloren gegangen. Es gebe keine starke Bindung an politische Parteien und weniger Parteimitgliedschaften. Deshalb gelinge es im Osten auch eher, dass eine neue Partei schnell auf viel Zustimmung treffen könne.

Eine aktuelle Erhebung von 2023 zeige zudem, dass der Anteil der Menschen, die sich von der Politik vernachlässigt fühlten, höher als im Westen sei. Das Vertrauen in politische Institutionen und Parteien sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie seien niedriger.

Lieberknecht knüpfte an die Worte des Präsidenten an und betonte ebenfalls die Belastungen für die Ostdeutschen nach der Wende. Ein Großteil der Menschen habe sich zum Beispiel im Arbeitsleben neu orientieren müssen. Dies sei nicht spurlos an diesen Menschen vorbeigegangen. Sie zitierte in diesem Zusammenhang auch einen Buchtitel: „Ein Volk steht auf – und geht zum Arbeitsamt.“

Und wie könne Vertrauen wiedergewonnen werden, fragte Moderatorin Vivien Leue. Für Christine Lieberknecht sind vor allem die aktuellen Verhandlungen über Regierungsbildungen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg entscheidend – ob es hier zu handlungsfähigen Regierungen komme und etwas Neues gewagt werde. Die Menschen wollten Veränderungen.

Journalistin von Below wünschte sich, dass in den Medien mehr positive Geschichten über Ostdeutschland erzählt würden. Und Unzicker betonte, dass es auch um neue Ideen gehe, Beteiligung zu organisieren und Menschen zu ermutigen, sich einzubringen. *wib*



Präsident André Kuper mit (v. l.) Vivien Leue, Christina von Below, Christine Lieberknecht und Dr. Kai Unzicker. Fotos: Zanin

Wer sich für einen Platz im Publikum beim Parlamentsgespräch anmelden möchte, kann dazu ein Formular auf der Internetseite des Landtags nutzen.
<https://lt.nrw/anmeldung>



Ein Mitschnitt des Parlamentsgesprächs und ein zusammenfassendes Video sind über folgenden Link abrufbar:
<https://lt.nrw/videoportal>



Jugendliche für die Demokratie

7. bis 9. November 2024 – Was macht den Parlamentarismus aus? Wie arbeiten Abgeordnete? Und wie kommen landespolitische Entscheidungen zustande? Auf diese und weitere Fragen erhalten Jugendliche und junge Erwachsene Antworten bei einer ganz besonderen Veranstaltung des Landtags zur Demokratiebildung: dem Jugendlandtag.

Bei der diesjährigen Veranstaltung lernten die 16- bis 20-Jährigen wieder hautnah die repräsentative Demokratie kennen. 195 junge Menschen aus ganz Nordrhein-Westfalen kamen im Landesparlament zusammen, um für drei Tage die Plätze der Abgeordneten einzunehmen. Sie schlossen sich in Jugendlandtags-Fraktionen zusammen, wählten Vorstände, diskutierten auch mit Expertinnen und Experten über ihre Anträge und bereiteten auf diese Weise den Höhepunkt jedes Jugendlandtags vor – die Plenarsitzung am Samstag.

Der Jugendlandtag ist durch die Dauer, die enge Orientierung an den Abläufen des realen Landtags und die intensive Themenauswahl seit 2008 einzigartig in Deutschland. Die Jugendlichen bewerben sich bei den Abgeordneten für die Teilnahme. Die Beschlüsse, die die Jugendlichen fassen, werden zudem dem Hauptausschuss des Landtags zugeleitet und den Abgeordneten als Parlamentsdokumente übermittelt.

„Landtag nimmt die Anliegen ernst“

Der Präsident des Landtags, André Kuper, tauschte sich während der drei Tage mehrfach intensiv mit den Jugendlichen aus und brachte ihnen die Aufgaben des Landtags näher. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Jugendlandtags, dem 17-jährigen Schüler Mats Grieger aus seiner ostwestfälischen Heimatstadt Rietberg, stellte er sich am ersten Tag der Veranstaltung den Fragen der Landespresse.

Kuper lobte am Samstag die engagierte Arbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: „Fast 200 junge Menschen haben drei Tage lang Demokratie hautnah erlebt. Der Landtag nimmt die Anliegen der Jugendlichen ernst. Diese intensiven Tage im Parlament machen die jungen Menschen zu Botschafterinnen und Botschaftern der Demokratie.“

Beim Parlamentsabend konnten sich die Jugendlichen nicht nur Tipps von den „echten Abgeordneten“ holen. Sie hatten auch die Gelegenheit, im Gespräch mit der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Dr. Barbara



Der Präsident des Landtags, André Kuper, und Jugendlandtags-Präsident Mats Grieger gaben zusammen eine Pressekonferenz. Foto: Schälte

Dauner-Lieb, mehr über das dritte Verfassungsorgan neben Parlament und Landesregierung zu erfahren – die Justiz.

Thematisch ging es beim Jugendlandtag in diesem Jahr um die Förderung der mentalen Gesundheit sowie einen stärkeren Fokus auf Wirtschaftsthemen im Schulunterricht. Beide Anträge wurden am Samstag nach engagierter dreistündiger Debatte vom Jugendlandtag verabschiedet. In einer Aktuellen Stunde hatten die Jugendlichen zudem über die Radikalisierung von jungen Menschen über Social-Media-Kanäle debattiert. *red*

Seit dem ersten Jugendlandtag im Jahr 2008 haben fast 2.500 Jugendliche an den jährlichen Sitzungen teilgenommen. Zu den besonders häufig diskutierten Themen gehören Bildungspolitik, der öffentliche Nahverkehr und Digitalisierung. Eine Umfrage unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des letztjährigen Jugendlandtags zeigt, dass das politische Interesse durch die Veranstaltung gesteigert wird. 80 Prozent der Befragten gaben an, dass sie nach dem Planspiel sehr hohes Interesse an politischen Themen haben.

Mehr zur Aktuellen Stunde des Jugendlandtags erfahren Sie unter <https://lt.nrw/Jugendlandtag>

Ein Video zum Jugendlandtag 2024 gibt es unter <https://lt.nrw/Video>



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 | [18/9900](#), [18/11336](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung am 13. November 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/11329](#) | CDU, SPD, Grüne, FDP | 1. und 2. Lesung am 13. November 2024 | verabschiedet

Erstes Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes | [18/11266](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. November 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW | [18/11260](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. November 2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz über eine barrierefreie Notrufnummer 112 in Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen | [18/11257](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. November 2024 | Überweisung an den Innenausschuss

Fünftes Gesetz zur Änderung des Krankenhausbau- und -unterhaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/11265](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. November 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Siebtes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/11262](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. November 2024 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Neuordnung von Landesoberbehörden und zur Anpassung von Rechtsvorschriften für die Geschäftsbereiche des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/11261](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. November 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [18/10926](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Novellierung der Gefangenenvergütung in den Landesjustizvollzugsgesetzen | [18/10750](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Opferschutz Nordrhein-Westfalen“ | [18/10875](#) | CDU, Grüne | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes | [18/10933](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Arbeitsschutz | [18/10841](#) | Neudruck | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Fünftes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/10884](#) | SPD, FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie | in Beratung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 | [18/10300](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2025 | [18/10462](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung | [18/10464](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung verfahrensrechtlicher, verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und kostenrechtlicher Vorschriften | [18/10463](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung einer Kommunalen Wärmeplanung in Nordrhein-Westfalen | [18/10465](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Sparkassenrechts und zur Änderung weiterer Gesetze | [18/9656](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Statistikgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/9768](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Hochschulstandorts Bochum im Bereich des Gesundheitswesens und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften | [18/9769](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/9606](#) | CDU und Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz) | [18/9723](#) | FDP | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze zum SGB VIII | [18/9770](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Ruhrverbandsgesetzes | [18/9515](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Wussten Sie, dass ...

... es zahlreiche

BESUCHSPROGRAMME

im Landtag gibt? Sie richten sich an Kinder, Jugendliche und Erwachsene.



... der Landtag an einigen Sonntagen auch

OHNE VORANMELDUNG

für Besucherinnen und Besucher geöffnet ist?

... alle Plenarsitzungen

LIVE IM INTERNET

übertragen werden? Auf Wunsch mit Gebärdensprachdolmetschung und Untertitelung.



... der Landtag ein eigenes

INTERNETANGEBOT FÜR

KINDER UND JUGENDLICHE

hat?



... Sie dem Landtag auch auf

SOCIAL MEDIA

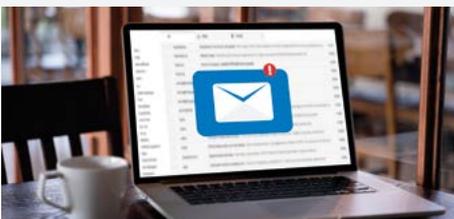
folgen können? Auf X, Instagram, LinkedIn, WhatsApp, YouTube und YouTube Shorts.



... Sie mit

LANDTAG INTERN

stets auf dem Laufenden sind? Gedruckt oder online. Immer kostenlos.



... montags der

LANDTAGS-NEWSLETTER

mit einer Vorschau auf wichtige Termine der Woche erscheint?

PUBLIKATIONEN

kostenlos bestellen können? Auch in Einfacher und Leichter Sprache.



... Sie den Landtag auch beim

GEOCACHING

kennenlernen können?



Weitere Informationen:

lt.nrw/Angebote



Porträt: Dr. Gregor Kaiser (Grüne)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dr. Gregor Kaiser (Grüne). Der 49-Jährige aus Lennestadt (Sauerland) ist unter anderem Vorsitzender des Integrationsausschusses, zudem Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Haushaltskontrolle sowie für Wald und Nachhaltigkeit.

Als Dr. Gregor Kaiser den elterlichen Forstbetrieb in Lennestadt übernahm, 2008 war das, ging er schnell neue Wege. Bereits ein Jahr später stellte er die Aufzucht der Weihnachtsbäume um. Er verzichtete auf chemisch-synthetische Spritzmittel und Mineraldünger, setzte stattdessen auf ökologische Produktion. Das Unternehmen leitet der 49-Jährige auch als Landtagsabgeordneter weiter. Obwohl das zeitlich, wie er einräumt, nicht immer ganz einfach sei: „Im Betrieb übernehme ich fast nur noch Büroarbeit, in den Wald komme ich so gut wie gar nicht mehr.“ Der Wecker klinge morgens um 5 Uhr.

Mit seiner Ausbildung hätte der Sauerländer heute im Schuldienst sein können: Studium der Biologie und Sozialwissenschaften auf Lehramt, Sekundarstufe 2.

Ob das sein Berufsziel war? „Jein“, sagt er, „ich fand es spannend, biologische Fragestellungen mit politikwissenschaftlichen zu verbinden.“ Das sei auch eine gute Entscheidung gewesen, da Ende der 1990er-Jahre die Gentechnik- und Biodiversitäts-Debatten in der Landwirtschaft aufkamen: „Das hatte mit Biologie und Ökologie auf der einen Seite und politischer Regulierung auf der anderen zu tun.“

Promotion

Nach dem Staatsexamen folgt gewöhnlich das Referendariat. Kaiser verzichtete. „Meine Partnerin und ich hatten damals schon zwei Kinder, und es war immer klar, dass wir uns die Sorgearbeit aufteilen“, sagt der Abgeordnete. Sie habe eine halbe Stelle gehabt, er freiberuflich gearbeitet. Neben Haushalt und Kindern sei da keine Zeit mehr fürs Referendariat gewesen. Er entschloss sich zur Promotion, da war eine flexible Zeiteinteilung möglich.

Das Thema seiner Doktorarbeit: „Eigentum und Allmende – Alternativen zu geistigen Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen“. Das klingt, wie oft bei solchen Arbeiten, für Laien etwas sperrig. Vereinfacht ausgedrückt: Es ging um Patentierung und Sortenschutzrecht beim Saatgut. Nach der freiberuflichen Zeit übernahm er 2008 den elterlichen Betrieb.

Der Weg zu den Grünen sei keineswegs vorgezeichnet gewesen, sagt Kaiser: „Mein Vater war CDU'ler – nicht sonderlich aktiv, aber er stand dazu als christlicher Sauerländer.“ Doch zur Jugend gehöre auch immer, gegen die Eltern zu rebellieren. An der Universität Bonn war er als Mitglied der grünen Hochschulgruppe Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses (Asta). Allerdings habe die Gruppe der Partei nicht sehr nahegestanden. Als Kaiser 2007 ins Sauerland zurückkehrte, engagierte er sich zunächst in einer Antirassismus AG, deren Sprecher er seit 15 Jahren



Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Die Verpfändung der Erde“ von Bruce Rich. Es geht darin um die Umweltfolgen internationaler Kreditfinanzierung durch die Weltbank. Es ist eines der Bücher, das mein Interesse am Zusammenhang von Nachhaltigkeit, internationaler Politik und internationaler Ökonomie geweckt hat.

Foto: Guido von Wiecken/Grüne Fraktion

Welche Musik hören Sie gerne?

Rockmusik – angefangen von den Doors bis zu U2 und den Toten Hosen, die man mittlerweile ja auch zur Rockmusik zählen darf. Und Punk, gerne auch finnischen.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Milch für den Kaffee und Käse.

Ihr liebstes Reiseziel?

Um richtig abzuschalten, die Pfalz, da kommt meine Frau her. Ansonsten: Immer woanders hin, selten an den gleichen Ort noch mal.

KURZ NOTIERT



Foto: Landeshauptstadt Düsseldorf/David Young

Erinnerung an den 9. November

Landtag, Landesregierung und Landeshauptstadt Düsseldorf haben am 8. November 2024 gemeinsam der Opfer der Pogromnacht vor 86 Jahren gedacht. Im Zentrum stand die Erinnerung an die Gräueltaten der Nazi-Herrschaft. Der Präsident des Landtags, André Kuper, legte am Standort der ehemaligen Düsseldorfer Synagoge einen Kranz nieder – gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, Sylvia Löhrmann, Beauftragte des Landes zur Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur, und dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, Dr. Oded Horowitz. Im Anschluss fand eine zentrale Gedenkstunde im Plenarsaal des Düsseldorfer Rathauses statt. Während des 9. Novembers 1938 und in den Tagen danach trat

Dr. Stephan Keller, Sylvia Löhrmann, André Kuper und Dr. Oded Horowitz (v. r.) legten Kränze nieder.

die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland offen zutage: Die Nazis zündeten Synagogen an, plünderten jüdische Wohnungen, Geschäfte und verfolgten, misshandelten und töteten jüdische Bürgerinnen und Bürger.

Gestorben

16.10. Jürgen Rosorius (CDU/80)
MdL 1975 - 1985

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 24. Dezember 2024. Sie ist ab Freitag, 20. Dezember 2024, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 15. November 2024, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Schälte

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

ist. Und beschloss ein paar Jahre später, in die Kommunalpolitik einzusteigen. Er entschied sich für die Grünen.

Im Landtag ist Kaiser im Umweltausschuss mit Leidenschaft bei den Wald-Themen engagiert – und Vorsitzender des Integrationsausschusses. Migration ist für ihn ein bedeutendes Thema. Sie sei nicht die Ursache für gesellschaftliche Probleme, wie oft behauptet werde. Im Gegenteil: Migration könne helfen, Probleme zu lösen. „Die Menschenrechte verpflichten uns, Menschen Schutz zu bieten“, sagt er. Zudem profitiere der Arbeitsmarkt von Migration. In den vergangenen Jahrzehnten sei zu wenig passiert, die Chancen der Migration und Integration deutlich zu machen.

Die Debatten zum Thema Migration empfinde er zuweilen als „nicht zielführend, teilweise faktenbefreit und vor allen Dingen gesellschaftlich spaltend“.

Abgeordneter, Forst- und Landwirt, Ehemann, Vater – Zeit für Hobbys bleibt da eigentlich nicht. Eines fällt ihm doch ein: Kegeln, einmal im Monat mit alten Freunden aus der Grundschule. „Ich würde gerne öfter mit meiner Frau joggen, aber das klappt zeitlich leider nicht“, sagt er. **zab**

Zur Person

Dr. Gregor Kaiser (49) wurde in Lennestadt geboren. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Nach dem Abitur 1994 und dem Zivildienst studierte er Sozialwissenschaften und Biologie auf Lehramt an den Universitäten Bonn und Jyväskylä (Finnland). Es folgte die Promotion am Wuppertal Institut und an der Universität Kassel. 2008 übernahm er den elterlichen Land- und Forstbetrieb. Kaiser ist seit 2016 Mitglied der Grünen und seit 2021 Sprecher des Kreisverbands Olpe. Seit 2014 ist er Fraktionsmitglied der Grünen im Rat der Stadt Lennestadt (Vorsitzender der Fraktion war er von 2019 bis 2023) und seit Juni 2022 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



Bei der Veranstaltung wurde das Moped gezeigt, das der millionste Arbeiter aus einem Anwerbeland 1964 erhielt.

Fotos: Lammert

Neue Arbeit, neue Heimat

Im September 1964 kam der millionste Arbeiter aus einem Anwerbeland in der Bundesrepublik an. Der Portugiese Armando Rodrigues de Sá wurde feierlich am Bahnhof Köln-Deutz begrüßt und erhielt als Geschenk ein Moped. 60 Jahre später würdigten der Landtag und das Integrationsministerium in einer gemeinsamen Feierstunde die Lebensleistung der ersten Anwerbegeneration. Es sprachen unter anderem der 1. Vizepräsident des Landtags, Rainer Schmeltzer (Bild u. r.), und Integrationsministerin Josefine Paul (Grüne). Beide haben die Leistungen der ersten Anwerbegeneration hervorgehoben, die zum westdeutschen Wirtschaftswunder beigetragen und das Land, seine Kultur und seine Gesellschaft bereichert hätten. Ein Video der Veranstaltung finden Sie unter: <https://lt.nrw/Anwerbegeneration>

